

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 79 (1987)
Heft: 1

Artikel: Zum Asylgesetz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Asylgesetz

Der SGB-Kongress wehrt sich gegen eine weitgehende Unterhöhlung des Asylrechts. Die Schaffung von sogenannten Eingangstoren und zwangsmässiger Unterbringung von Asylsuchenden in Lagern würde eine *gefährliche Ghettoisierung* herbeiführen und, wie die Erfahrungen im Ausland zeigen, Rassismus erzeugen.

Der SGB hat die *Lehren des Zweiten Weltkrieges* nicht vergessen: Er weiss, dass Willkür gegenüber Flüchtlingen und Ausländern zu Willkür gegenüber allen Arbeitnehmern führt. Er weiss, dass das Asylrecht nicht nur ein Recht der Verfolgten, sondern auch ein Recht der Schweizer Bürger ist, Zufluchtsuchenden Schutz zu gewähren. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges lehrt, dass behördliche Willkür gegenüber Flüchtlingen nur durch das aktive Engagement der Bürger verhindert werden kann. Genau dieses Recht des Bürgers, aktiv, helfend Asylsuchenden beizustehen, wird in der Revision des Asylgesetzes unterhöhlt.

Nachdem der SGB seine *Ablehnung gegenüber der Verschärfung* des Asylrechts bereits bei verschiedenen Gelegenheiten formuliert hat, appelliert deshalb der Kongress an alle Teile der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, sich aktiv gegen die Aushöhlung des Asylrechts zur Wehr zu setzen, sei es in der Gewerkschaftspresse, in den Sektionen und den Einzelgewerkschaften oder gegenüber der Gesamtöffentlichkeit.

Zudem appelliert er an alle Sektionen und Mitglieder, verstärkt *Kontakt mit Asylsuchenden und mit Ausländern* allgemein zu knüpfen, um zu verhindern, dass einmal mehr Fremdenfeindlichkeit zur Spaltung der Arbeitnehmerschaft führt.

Der Kongress erklärt sich *solidarisch* mit all jenen Schweizerinnen und Schweizern, die wegen ihres Engagements gegen unverantwortbare und völkerrechtswidrige Ausschaffungen Verfolgter behördlichen Repressalien ausgesetzt sind.

Für Frieden und Abrüstung

Rund 2000 Milliarden Franken werden jährlich für Rüstung verschleudert. Andererseits sterben Millionen Menschen Hungers oder verfügen nicht über das notwendige Existenzminimum. Das ist ein Skandal. Der Rüstungswahnsinn bindet immense finanzielle Mittel, die für soziale Reformen und zur Sanierung von Umweltschäden – national und weltweit – dringend benötigt würden. Einstehen für Frieden und Abrüstung ist daher zugleich ein Kampf für mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Wohlfahrt. Frieden und Völkerverständigung sind auch wichtige Grundlagen für Demokratie und Respektierung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

Das Jahr 1986 ist von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr des Friedens proklamiert worden. Wenn dies mehr als nur Fassade sein